

NEIN ZUM ENTLASTUNGS- RAHMENGESETZ



MASSNAHME	BETRAG
1 Einführung Selbstbehalt Krankheitskosten	15.0 Mio
2 Anpassung Ergänzungsleistungen AHV/IV	3.6 Mio
3 Provision Bezug Kirchensteuer	0.1 Mio
4 Abgeltung Sonderschulen neu bei Gemeinden	3.5 Mio
5 BVS 2 in 1 jähriges Brückenangebot überführen	0.6 Mio
6 Finanzierung Privatschulen durch Gemeinden	2.4 Mio
TOTAL	25.2 Mio

Die Grünen sagen Nein zum Entlastungsrahmengesetz: Zwar sind einzelne Massnahmen unterstützenswert, aber zwei Sparmassnahmen, welche die BVS und die Privatschulen betreffen, lehnen die Grünen klar ab (das Paket kann nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden).

Mit einem operativen Verlust von 96.5 Millionen bei Steuereinnahmen von 1.5 Milliarden Franken schliesst der Kanton seine Rechnung 2011 ab. Damit ist er Schlusslicht in der Schweiz. Trotz bereits beschlossenen Sparmassnahmen von 75 Millionen wird sich dieser Verlust 2012 auf 146 Millionen ausweiten. Es besteht kein Zweifel. Die Baselbieter Finanzlage ist markant und nachhaltig schlecht.

Um dies zu beheben wurde ein Entlastungspaket von 180 Millionen geschnürt. 25 Millionen dieses Entlastungspaketes stehen am 17. Juni zur Abstimmung. Im Entlastungs-

rahmengesetz sind hierzu sieben Einzelmassnahmen gebündelt. Das Volk kann darüber leider nur als Ganzes abstimmen.

Anlässlich der intensiven Vernehmlassung zum Entlastungspaket befürworteten die Grünen letzten Sommer fünf dieser sieben Massnahmen. Zwei Massnahmen betreffen allerdings Kernanliegen aus der Bildung und sind klar abzulehnen: Massnahme 5 zur BVS und Massnahme 6 zu den Privatschulen. Dies bewog eine deutliche Mehrheit der Mitgliederversammlung und der Landratsfraktion, das Entlastungsrahmengesetz abzulehnen und ein

Nein an die Urne zu empfehlen.

Die Grünen stehen weiter für eine nachhaltige Sanierung der Kantonsfinanzen. Sie brachten hierzu in der Vernehmlassung und im Landrat viele konkrete Vorschläge ein. Diese wurden mittlerweile zumindest teilweise aufgenommen. Es bleibt festzustellen, dass wir Grünen bereits 2009 auf die Fehlentwicklungen hingewiesen und konkrete Massnahmen zu deren Behebung vorgeschlagen hatten. Leider wurde wertvolle Zeit verloren.

Klaus Kirchmayr, Landrat Reinach



Philipp Schoch, Landrat und Präsident
Umwelt- und Energiekommission

Baselbieter Energiepolitik: mir wei luege...

Der Bund beschloss den Atomausstieg, soviel ist klar. Dieser muss nun umgesetzt werden und auch die Kantone sind gefordert. Alle Massnahmen zur effizienteren Nutzung und Einsparung von Energie sowie der Gewinnung von erneuerbaren Energien sind prüfenswert.

Die Grünen reichten bereits 2008 und 2011 im Landrat zwei Vorstösspakete ein; um die Energiewende auf kantonaler Ebene zu vollziehen. Mit unseren beiden Initiativen «weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien» und «für sicheren und sauberen Strom – 100% Zukunft ohne Atomkraft», lancierten wir die Debatte.

Zehn Vorstösse der Grünen überwies das Parlament als Aufträge an die Regierung. Der grösste Erfolg ist die Totalrevision des Energiegesetzes. Die Regierung bemüht sich um Lösungen, hat diese aber noch nicht gefunden; so werden viele Vorstösse und unsere Initiative «für sicheren und sauberen Strom» mit der Begründung, es sei nicht umsetzbar, zur Ablehnung empfohlen.

Die zuständige Regierungsrätin hat bis heute noch keine konkreten Vorschläge gemacht, wie das Baselbiet die Energiewende angehen will – mir wie luege. Uns Grünen reicht dies nicht. Wir arbeiten am grossen Projekt Energiewende konstruktiv weiter.

Ja zur neuen Gerichtsorganisation

Im Rahmen des Entlastungspakets wurden auch Massnahmen in der Sicherheitsdirektion beschlossen. Die Organisation der Gerichte im Kanton Basellandschaft wurde überprüft. Aufgrund der Ergebnisse dieser Überprüfung wurde festgestellt, dass die heutige Struktur der Gerichtsorganisation mit mehreren Bezirksgerichten überholt ist.

Sie wurde vor rund 180 Jahren kurz nach der Kantonsgründung geschaffen und blieb nahezu unverändert. Die Reduktion von heute sechs Bezirksgerichten auf zwei Zivilkreisgerichte ist sinnvoll, ebenso die

Volkswahl der Präsidien. Die Mobilität nahm in den letzten Jahren stark zu und auch das Kommunikationsverhalten wandelte sich stark.

Analog der Zivilgerichtsbarkeit soll auch im Strafrecht die Fünferkammer (ein Gremium von 5 RichterInnen, welche zusammen entscheiden) abgeschafft werden. Nur bei schweren Delikten gegen Leib und Leben soll die Fünferkammer weiterhin eingesetzt werden, ansonsten reicht die Dreierkammer aus.

Désirée Lang Wenger, Landrätin Reinach

Ja zum Verzicht aufs Amtsnotariat

Das Projekt FOCUS hat aus Sicht der Sicherheitsdirektion einen hohen Stellenwert in Bezug auf das Entlastungspakets 12/15. Der Verzicht auf das Amtsnotariat und die vollständige Reorganisation des Gerichtswesens entspricht einer echten Aufgaben- und Strukturüberprüfung.

Das Ziel ist die Konzentration auf staatliche Kernaufgaben: Per 1.1.2014 soll das Notariat vollständig freigegeben und das Amtsnotariat aufgelöst werden. Die Dienstleistungen im Bereich Zivilrecht (Grundbuch-, Handelsregister- und Zivilstandwesen, Betreibungs- und Konkurswesen, Bürgerrechts-, Namensänderungs- und Adoptionswesen, Erbschaftswesen) werden heute in 26 separaten Dienststellen in sechs Ämtern angeboten. Das Projekt FOCUS ist vorbildlich vorbereitet

und trägt auch dem Personal gegenüber die volle Verantwortung. Die vorliegenden Vorschläge sind durchdacht, praktikabel und dienen der Entlastung des Staatshaushalts.

Die Befürchtung, dass durch die Abschaffung der Amtsnotariate eine Verteuerung der notariellen Dienstleistungen für die Bevölkerung zustande käme, ist nicht vollständig von der Hand zu weisen. Massiv werden sie aber nicht ausfallen. Es ist vorgesehen, dass der Tarif für die freiberuflichen NotarInnen der heutigen Gebührenverordnung der privaten Notariate entsprechen soll. Somit dürften sich die Gebührensätze der freiberuflichen Notariate nicht wesentlich ändern.

Désirée Lang Wenger, Landrätin Reinach

Nein zur Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»

Die Hauseigentümerinitiative möchte jeder in der Schweiz wohnhaften steuerpflichtigen Person während zehn Jahren den Abzug von je 10'000

Franken von den steuerbaren Einkünften erlauben, wenn die Mittel zum Erwerb von selbstgenutztem Eigentum eingesetzt werden.

Erst im März verwarfen die Stimmberechtigten die ähnliche Bausparinitiative des e. Nationalrats Gysin klar. Auch mit der vorliegenden Initiative lässt sich das Ziel einer höheren Wohneigentumsquote nicht erreichen. Die meisten Einkommen zwischen 50'000 bis 100'000 Franken könnten weiterhin kein Eigenheim finanzieren. Besser und bestens Verdienende profitieren da-

Nein zur AUNS-Initiative

Die Initiative der AUNS verlangt vordergründig mehr Volksabstimmungen über Staatsverträge - ihr eigentliches Ziel lautet aber, die Aussenpolitik der Schweiz zu schwächen. Wenn über Staatsverträge grundsätzlich immer an der Urne entschieden werden muss, wird die aussenpolitische Handlungsfähigkeit unseres Landes enorm eingeschränkt. Die Schweiz handelt jährlich rund 500 Verträge mit anderen Staaten aus. Dort werden die unterschiedlichsten Dinge geregelt etwa der Abbau von Handelshemmnissen oder Verträge über Entwicklungszusammenarbeit. Da ist es sinnvoll, dass der Bundes-

Nein zu Managed Care

Managed Care steht für integrierte medizinische Versorgung. Es hat das Ziel, verschiedene Akteure des Gesundheitswesens in Netzwerken rund um eine/n HausärztIn als zentrale Anlaufstelle zusammen zu schliessen, um die Behandlung der PatientInnen besser zu koordinieren.

Managed Care steht für integrierte medizinische Versorgung. Es hat das Ziel, verschiedene Akteure des Gesundheitswesens in Netzwerken rund um eine/n HausärztIn als zentrale Anlaufstelle zusammen zu schliessen, um die Behandlung der PatientInnen besser zu koordi-

gegen, obwohl sie sich Wohneigentum auch ohne «Bausparen» leisten können. Die Initiative fördert vor allem das Steuersparen hoher und höchster Einkommen und würde bei einer Annahme finanzielle Löcher in die Kantonskassen reissen. Das sehen auch der Bundesrat, der Ständerat und die Finanzdirektoren so und sagen klar Nein.

Maya Graf, Nationalrätin

rat diese Verträge in vielen Fällen in eigener Kompetenz abschliessen kann. Ist ein Staatsvertrag allerdings unbefristet oder macht neue Gesetze nötig, muss er im Parlament diskutiert werden. Für diese Verträge gilt heute das fakultative Referendum. Bereits heute gibt es zudem bedeutende Staatsverträge, die dem obligatorischen Referendum unterstehen, d.h. sie kommen zwingend vors Volk. Bundesrat, Parlament, Wirtschaft und alle Parteien ausser der SVP lehnen daher die Initiative ab.

Maya Graf, Nationalrätin

nieren. Die Grundidee der Managed Care-Vorlage überzeugt durch den ganzheitlichen Ansatz und der Idee einer einzigen Anlaufstelle. Dagegen spricht, dass das Managed Care-System auf HausärztInnen errichtet wird. Der erwartete HausärztInnen-Mangel würde das ganze System gefährden. Die Budgetmitverantwortung der HausärztInnen im Managed Care-Netz birgt zudem die grosse Gefahr, dass nicht die optimale, sondern die günstigste Therapie gewählt wird. Zusätzlich wird die freie Arztwahl eingeschränkt.

Rahel Bänziger, Landrätin Binningen

Regierungsratskommentar



Isaac Reber, Regierungsrat und Vorsteher der Sicherheitsdirektion

Ja zur Reorganisation der Schreibereien und Gerichte

Die Organisation unserer Schreibereien und Bezirksgerichte reicht bis in die Zeit der Kantonsgründung zurück, während sich die Welt und unsere Lebensgewohnheiten sehr veränderten. Am 17. Juni stimmen wir über eine zeitgemässe Neuausrichtung ab. Dazu empfehle ich ein klares und vorbehaltloses Ja.

Die Vorlagen umfassen die Zusammenlegung der Bezirksgerichte von sechs auf zwei Standorte, den Verzicht auf das Amtsnotariat sowie die Konzentration der übrigen Dienstleistungen (Betreibungs-, Konkurs-, Zivilstandsämter) von 14 auf neu zwei Standorte. Diese Reorganisation ermöglicht einen grossen Effizienzgewinn. Die Einsparungen werden jährlich rund 3,5 Mio. Franken betragen; ein wichtiger Sparbeitrag zur nötigen Gesundung unserer Kantonsfinanzen.

Viele von uns gehen höchstens einmal im Leben aufs Gericht, aufs Konkursamt am liebsten nie, auch heiraten wir selten mehr als zwei Mal. Unser Ziel ist, all diese Dienstleistungen in gleicher, wenn nicht besserer Qualität anzubieten. Auch die Freigabe des Grundbuchnotariats ist richtig. Fast ganz Europa und die meisten Nachbarkantone leben gut mit diesem Modell und der Regierungsrat wird weiter Einfluss auf die Tariffhöhe nehmen können.



Florence Brenzikofer, neue Präsidentin der Grünen BL und Philipp Schoch, ehemaliger Präsident

Von Erfolg gekrönt - die Dekade Schoch

Philipp Schoch war den Baselbieter Grünen zehn Jahre lang ein ausgezeichneter Präsident. Seiner Vorgängerin Esther Maag ist zu verdanken, dass die unselige Situation mit zweierlei Grünen überwunden werden konnte. Philipp Schoch's Verdienst ist es, dass dieser Zusammenschluss in Wert gesetzt werden konnte: Die Steigerung von fünf auf 12 Mitglieder im Landrat, der stete Zuwachs bei den Nationalratswahlen, die wachsende Präsenz auf Gemeindeebene und der erstmalige Einsitz der Grünen in der Regierung zeugen davon. Wie gut Philipp Schoch seine Aufgabe gemacht hat, misst sich aber nicht nur in Erfolgen, sondern auch an der guten Stimmung bei den Baselbieter Grünen. Möglich ist das alles, weil es gelungen ist, der grünen Idee ein breites Dach zu geben. Philipp Schoch kann den Stab nun an Florence Brenzikofer weitergeben, und ich bin überzeugt, dass auch diese Ära erfolgreich wird. Philipp, alles Gute und wir freuen uns, dass Du als Landrat und Kommissionspräsident der Umwelt und Energie weiter ein ausgezeichnete(r) Anwalt bleiben wirst.

Isaac Reber, Regierungsrat

Liebe Mitglieder Liebe SympathisantInnen

Die Erfolge der Grünen Baselland im letzten Jahr und das gute Abschneiden bei den Kommunalwahlen am 11. März 2012 zeigen, dass es uns gelingt, neue und junge Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Offenheit, Vielfalt und Kreativität sollen weiterhin Platz finden in unserer Kantonalpartei und es ist mir ein Anliegen, verschiedene Standpunkte breit abgestützt zu diskutieren.

Als Regierungspartei öffnen sich uns spannende Wege mit neuen Möglichkeiten und Herausforderungen. Inhaltlich erwarten uns wichtige Geschäfte: Spitalplanung, die Fusions-Initiative, die Umsetzung von HarmoS oder unsere Volksinitiative «für sicheren und sauberen Strom – 100% Zukunft ohne Atomkraft».

Ich freue mich auf meine Aufgabe als Präsidentin und auf eine engagierte Zusammenarbeit, um in den kommenden Jahren weitere Früchte unserer grünen Baselbieter Politik ernten zu können.

Florence Brenzikofer, Präsidentin

Abstimmungsparolen zum 17. Juni 2012

Kantonale Vorlagen

NEIN zum Gesetz über die Entlastung des Finanzhaushalts bis 2014 (Entlastungsrahmengesetz).

JA zur Änderung der Kantonsverfassung über die Organisation der Gerichte (Gerichtsorganisation).

JA zur Änderung der Kantonsverfassung über den Verzicht des Amtsnotariats.

JA zum Gesetz über den Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht

Eidgenössische Vorlagen

NEIN zur Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen».

NEIN zur Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)».

NEIN zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Managed Care).

Wahlen

Stadtpräsidium Liestal: Lukas Ott (www.grueneliestal.ch)

Agenda

24.05.2012

Restaurant Schlüsselzunft, 1. Stock, Freie Strasse 25, Basel, 19.30 Uhr
Was geht es uns an? Auslandsaktivitäten Schweizer Konzerne – wenn Menschenrechte und Umwelt auf der Strecke bleiben. Öffentliche Talkrunde im Rahmen der Kampagne «Recht ohne Grenzen»

27.06.2012

Museum Kleines Klingental, Basel, ab 17.30 Uhr, Faktor-5-Festival

IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Güterstrasse 83
4053 Basel

Redaktion: info@gruene-bl.ch

Auflage: 1500 Ex.

gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied (www.gruene-bl.ch) oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer Spende (PC-Konto 40-7608-1). Merci.